

„Flüchtlingsproblematik und Islam: Neue Herausforderungen für unsere Gesellschaft“

Prof. Dr. Werner Münch, Ministerpräsident a.D.

Vortrag bei der Alten Darmstädter Burschenschaft Germania am 24. November 2016

I. Flüchtlinge

„Wir schaffen das“, - dieser Satz der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms nach Deutschland ab Herbst 2015 leitete die sogenannte „Willkommenskultur“ ein. Wie schön wäre es übrigens gewesen, wenn in den letzten Jahren mal ein christlicher Politiker auf die Idee einer Willkommenskultur für das Leben Ungeborener und Behinderter gekommen wäre!

Ohne Erläuterung, was denn dieses „wir“ und „das“ bedeuten und welche Folgen es haben würde, überraschte dieser Satz nicht nur die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, sondern auch Parlamente, Regierungen, Parteien, Kommunen und die EU-Mitgliedstaaten. Sie waren allesamt überrumpelt worden, obwohl sich eine Flüchtlingsbewegung nach Europa lange vorher abgezeichnet hatte.

Monatlang gab es keine genauen Kosten-Ermittlungen, keine Vorstellungen über die Bewältigung der Erfassung der Flüchtlinge, über die Beschaffung des erforderlichen Wohnraumbedarfs, die lokale Verteilung, die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Lösung der absehbaren Integrationsprobleme. Für die Bundesregierung waren alle Flüchtlinge zunächst einmal eine „Bereicherung“ für unsere Gesellschaft und den Arbeitsmarkt, sie hatten durchweg eine „gute Ausbildung und berufliche Qualifikation“ und waren „uneingeschränkt integrationswillig“. Es gab auch keine eingewanderten Terroristen und Kriminelle, – das war ein „abwegiger Generalverdacht von rechts“. Nach einer Statistik des Bundeskriminalamtes betrug die Zahl der Delikte der Flüchtlinge z. B. im ersten Quartal 2016 tatsächlich aber 69.000! Und erst am 10. September hat Thomas de Maziere, der Minister des Innern, der überraschten deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt, dass die Zahl der islamistischen Gefährder in Deutschland mit über 520 Personen und ca. 360 Unterstützern, sogenannter relevanten Personen, so hoch sei wie nie. Auch ist inzwischen bekannt, in welcher Intensität Salafisten versuchen, in Flüchtlingsheimen neue Mitglieder anzuwerben, auch für den IS. Sogar die genaue

Zahl der Eingewanderten war unserer Regierung nicht bekannt. Anfangs sprach der zuständige Minister von 200.000 Asylbewerbern, kurze Zeit später waren es 800.000, bald darauf über eine Million, und schließlich musste die Regierung einräumen, dass sie die genaue Zahl nicht wisse. Ende Juli 2016 lagen beim zuständigen Bundesamt ca. 530.000 unerledigte Asylanträge, und 150.000 Asylbewerber sind nicht einmal registriert. 77% der eingereisten Asylsuchenden hatten keine Ausweispapiere. Aus einer Antwort der Bundesregierung von September 2016 geht hervor, dass 550.000 abgelehnte Asylbewerber weiterhin in Deutschland leben. Der Chef der deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, sprach in diesem Zusammenhang von einer „Abschiebeverhinderungsindustrie“ bei uns. Weder in der Politik noch in der veröffentlichten Meinung wird zwischen Flüchtlingen, Asylanten und Einwanderern unterschieden. Auf dem letzten Parteitag der CDU in Karlsruhe gab die Kanzlerin die Losung aus: „Deutschland soll in 25 Jahren ein Land sein, das offen, neugierig, tolerant und spannend ist und eine eigene starke Identität hat“. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass wir das alles heute noch nicht sind bzw. haben. Welche Identität ist denn das? Hat sie uns bis zur Silvesternacht 2015/16 gefehlt, weil wir doch erst seitdem wieder bestimmte Dinge sagen dürfen, ohne gebetsmühlenartig sofort in die rechte Ecke gerückt zu werden? Denn erst seitdem darf die Polizei wieder von „Tätern mit Migrationshintergrund“ sprechen. Wir dürfen sogar wieder nach dem Frauenbild des Islam, der Bereitschaft zur Beachtung unserer Verfassung, dem Willen zur Integration und dem Verhalten zahlreicher muslimischer Flüchtlinge gegenüber Juden und Christen fragen, ohne dass wir dabei auch gleichzeitig ernst genommen werden!

Nach den verheerenden Wahniederlagen ihrer Partei bei den Landtagswahlen in ihrem Heimatland Mecklenburg-Vorpommern am 4. September und in Berlin zwei Wochen später hat die Kanzlerin und Parteivorsitzende mehrfach betont, dass sie ihren Kurs in der Flüchtlingspolitik nicht ändert. Gleichzeitig hat sie versichert, dass „Deutschland Deutschland bleibt“. Ja, was denn nun? Gleichzeitig neue Identität und die alte bleibt? So einfach geht das ja wohl nicht! Kann man denn wirklich ernsthaft behaupten, die eigene deutsche Grenze mit ca. 3.000 km sei nicht zu sichern und gleichzeitig einem anderen Land mehrere Milliarden Euro der EU zusagen, damit es seine Grenzen von ca. 7.000 km dicht macht? Und das wird dann noch angereichert mit weiteren Zusagen zur Beschleunigung der Visa-Freiheit für alle Bürger dieses Landes und zur Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen zur EU! Hatte Angela

Merkel dafür eigentlich ein Verhandlungsmandat der EU? Es muss ein schönes Gefühl sein, sich im Glanz der Überzeugung zu sonnen, die eigene Politik sei eben „alternativlos“. Es gibt den klugen Satz von George Orwell, der lautet:

„In einer Zeit universeller Täuschung ist das Aussprechen der Wahrheit ein revolutionärer Akt“.

Können wir heute tatsächlich nicht mehr bestimmen, wer nach Deutschland kommt? Nationale Souveränität gibt es nicht mehr? Unsere eigenen Grenzen dürfen oder können wir nicht mehr kontrollieren? Schengen und Dublin sind außer Kraft gesetzt? Davon kann überhaupt keine Rede sein! 16 renommierte Wissenschaftler mit Professuren für Staats-, Völker-, Europarecht und Öffentliches Recht an deutschen und österreichischen Universitäten stellen der deutschen Bundesregierung, allen voran der Bundeskanzlerin, ein vernichtendes Urteil in der Handhabung der Flüchtlingsfrage in unserem Land aus. In dem von Otto Depenheuer und Christoph Grabenwarter herausgegebenen und im Sommer 2016 im Schöningh-Verlag erschienenen Band „Der Staat in der Flüchtlingskrise“ sagen sie bereits in ihrem Vorwort:

„Die Staatsgrenzen stehen offen und zehntausende von Menschen erreichen Woche für Woche ungesteuert und weitgehend unkontrolliert das Land. Die Staatsgewalt erscheint ratlos, Verfassungsprinzipien wie das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip geraten durch die Wucht der Ereignisse unter Druck. Der Rechtsstaat ist im Begriff, sich im Kontext der Flüchtlingswelle zu verflüchtigen, indem das geltende Recht faktisch außer Kraft gesetzt wird. Regierung und Exekutive treffen ihre Entscheidungen am demokratisch legitimierten Gesetzgeber vorbei, staatsfinanzierte Medien üben sich in Hofberichterstattung, das Volk wird stummer Zeuge der Erosion seiner kollektiven Identität. Was bleibt, ist Verunsicherung; was droht, ist wachsende Radikalisierung; was Not tut, ist das Aufzeigen Orientierung stiftender Perspektiven.“

Und die Autoren verweisen auf folgende wesentliche Rechtsverletzungen der Bundesregierung:

1. Für das Offenhalten der Grenzen für alle Flüchtlinge, die nach Deutschland wollen, gibt es keine demokratische Legitimation (Dietrich Murswiek, S. 133), weil Grenzöffnung und Grenzkontrolle „parlamentarisches und nicht exekutives Handeln“ sind (Hans-Detlef Horn, S. 148).

2. Das Völkerrecht enthält keinen Rechtsanspruch auf Asyl. Wirtschafts- und Bürgerkriegsflüchtlinge gehören nicht zu denen, die einen solchen Rechtsanspruch haben (Eckart Klein, S. 160 f.). Der zuständige Referatsleiter im Bundesministerium des Innern hat in einem Vortrag im November 2015 in Berlin darauf hingewiesen, dass für 98% der nach Deutschland eingereisten Flüchtlinge die Bundesrepublik „eigentlich gar nicht zuständig“ war und hat von einem „kompletten Systemversagen“ gesprochen (Helge Sodan, S. 181).
3. Das gleiche Systemversagen gibt es auch bei den Abschiebungen, indem Urteile des Rechtsstaates nicht vollzogen werden: 2014 gab es 154.000 Ausreisepflichtige, aber nur 11.000 Abschiebungen und 10.000 freiwillige Ausreisen (Bernhard Kempen, S. 218). In einem Kommentar in der „FAZ“ vom 8. November 2016 hat der Kommentator im Zusammenhang mit dem Vorschlag der SPD für ein neues Einwanderungsgesetz sehr richtig darauf hingewiesen, dass dann, wenn man am bestehenden Asylrecht nicht rütteln will, dann aber wenigstens das geltende Recht konsequent durchsetzen müsste und hat auf das Grundübel in Deutschland hingewiesen: *„Wenn im offenen Deutschland ohnehin jeder bleiben darf, sind sowohl ein Asyl für Verfolgte als auch eine Einwanderungsregelung überflüssig.“*
4. Die staatliche Gewalt hat sich nach der Maxime der Gesinnungsethik und nicht nach der der Verantwortungsethik gerichtet, weil sie die Folgen ihres Handelns nicht bedacht hat (Josef Isensee, S. 242).

Die mangelnde Solidarität der EU-Staaten in der Flüchtlingsfrage war und ist zwar ernüchternd und enttäuschend, aber wegen des Versuchs eines moralischen Diktats ohne Berücksichtigung nationaler Befindlichkeiten nicht gänzlich verwunderlich. Die Staaten, die ihre Außengrenzen schließen, werden kritisiert, obwohl sie damit Probleme anderer Staaten reduzieren, und zusätzlich wird mit einem Autokraten außerhalb der EU ein Vertrag geschlossen, der vorsieht, dass die Flüchtlinge, die aus der Türkei auf griechische Inseln übersetzen, zurückgeschickt werden und für jeden syrischen Flüchtling ein anderer Syrer legal und direkt aus der Türkei in die EU einreisen kann. Aber in der Realität verweigert Ankara gut ausgebildeten Syrern die Ausreise und schickt stattdessen medizinische Fälle und solche mit niedriger Bildung. Diese Information verbindet Pro Asyl mit der Anklage: *„Die Kanzlerin hat die Menschenrechte von Flüchtlingen geopfert für diesen Deal“*.

Bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag über die Armenien-Resolution blieb die Regierungsbank fast leer – auch der Platz der Bundeskanzlerin und des Außenministers –, und als der Despot Erdogan für alle Abgeordneten, die sich zur historischen Wahrheit eines früheren Genozids an den Armeniern durch die Türken bekannt hatten, in völkischer Manier einen „Bluttest“ forderte, hielt Merkel diese Entgleisung lediglich „für nicht nachvollziehbar“. Aber es kam noch schlimmer: Erst als die Bundesregierung versicherte, dass diese im Bundestag beschlossene Resolution rechtlich nicht verbindlich sei, wurde von der türkischen Regierung das Einreiseverbot für deutsche Abgeordnete zum Besuch deutscher Soldaten im türkischen Standort Incirlik aufgehoben. Das ist eine klassische Form von politischer Geiselnahme! Die Konflikte nach dem Putsch gegen Erdogan in der Türkei im Juli des Jahres werden auch nach Deutschland hineingetragen, indem Erdogan zu Demonstrationen in unserem Land, zur Denunziation und Auslieferung von Mitgliedern der Gülen-Bewegung sowie zum Boykott von Firmen aufruft, die mit dieser Bewegung Verbindung haben. Das durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochene Verbot zur Live-Zuschaltung von Erdogan nach Köln zur zentralen Pro-Erdogan-Demonstration von Türken nennt der Staatspräsident eine „Beleidigung“ und eine „Schande für Recht und Demokratie“. Und die einzige Reaktion der deutschen Bundeskanzlerin auf diese Aktionen und Bewertungen lautet lediglich dünnlippig, dass Deutschland „an die rechtsstaatlichen Verfahren gebunden“ sei. Und inzwischen haben wir aus einer Antwort des Bundesministers des Innern auf eine Anfrage der Linken im Deutschen Bundestag erfahren, dass die Türkei Deutschland als „Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen“ missbraucht. Und trotzdem laufen kurz nach all diesen Ereignissen NATO, EU und Deutschland der Türkei bereits wieder hinterher, was ein Skandal ist! Wir haben aufgrund dieser Politik einen hohen Vertrauensverlust in der Bevölkerung, der durch Umfragen und neuerdings zusätzlich ja auch durch Wahlergebnisse eindeutig belegt wird. Merkel ist einsamer und isolierter geworden, aber politische Ansehensverluste können nicht durch Rechthaberei ausgeglichen werden. Und trotz verordneter „political correctness“ werden wir nicht schweigen, wenn muslimische Männer sich weigern, Frauen die Hand zu geben, von ihnen Essen in Empfang zu nehmen oder sich von einer Ärztin behandeln zu lassen. Es ist schon gar nicht hinnehmbar, dass Christen in Flüchtlingsheimen und Juden in der Öffentlichkeit auf vielfältige Weise diskriminiert und tätlich angegriffen werden. Damit eins unbestritten bleibt: Wir

müssen und wollen offen sein für jede mögliche Hilfe für Menschen, die in wirklicher Not und oft mit grausamen Erlebnissen und Erfahrungen aus ihren Heimatländern mit dem Tode bedroht und zu uns geflohen sind. Sie benötigen dringend unsere Hilfe und persönliche Zuwendung. Gerade Christen müssen alles dafür tun, damit diese Flüchtlinge wieder ganz konkret erfahren, was Menschenwürde bedeutet. Und wir sind davon überzeugt, dass bei dieser wahrlich nicht leicht zu bewältigenden Aufgabe nicht schlechtes Management und Rechthaberei vorherrschen dürfen, sondern Realismus und Wahrhaftigkeit die Leitlinie sein müssen. Gutgläubigkeit, Beschönigung, Ausklammerung und Verfälschung von unliebsamen Tatsachen und deren Folgen helfen uns ebenso wenig weiter wie die Diffamierung derjenigen, die auf die negativen Folgen einer Massen-Einwanderung hinweisen und darauf bestehen, dass ihre Ängste und Sorgen ernst genommen und sie deshalb nicht öffentlich diffamiert werden. Die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben ist für die Zukunft unseres Landes viel zu bedeutsam, als dass die Politik sie ohne Beteiligung der Bürger zu lösen versucht. Und deshalb verlangen wir Klarheit über die Zahl des Zustroms nach Deutschland, die tatsächlichen Kosten für Bildung, Integration, Wohnungen, Sicherheit und die Gefährdung durch den Terrorismus, die zusätzliche Belastung unserer Sozialsysteme und auch bezüglich möglicher Rückstellungen bzw. Streichungen anderer geplanter Vorhaben im Haushalt, für die jetzt keine Finanzmittel mehr zur Verfügung gestellt werden. Auch über die Zunahme von Kinderehen, genitalverstümmelten Frauen und Vergewaltigungen in Deutschland wollen wir informiert werden einschließlich der Vorhaben, die unsere Regierung dagegen zu unternehmen gedenkt.

II. Islam

Weihnachten 2015 meldete sich Ignatius Joseph III. Younan, das Oberhaupt der syrisch-katholischen Kirche zu Wort, um an das Leid der Christen im Nahen Osten zu erinnern.

„Wir werden nicht nur vergessen, sondern betrogen von der sogenannten zivilisierten Welt, die sich weigert, die Notlage der christlichen Minderheit unter einer nicht – christlichen Mehrheit anzuerkennen,“ sagte er. Dem Westen warf der Patriarch vor, *„seine Geschäfte mit den muslimischen Ländern höher einzustufen als die Verteidigung und Unterstützung der bedrohten Glaubensbrüder.“*

Und er hat Recht: Höchste Waffenexportzahlen, gerade von Deutschland, auch in islamische Krisengebiete, werden von der Politik ebenso genehmigt wie Ölgeschäfte

des Westens mit islamischen Ländern, die auf Hochtouren laufen. Terroristische Anschläge inner- und außerhalb Europas gehören inzwischen fast zur bedrückenden Alltagsrealität. Seit Juli 2016 wurden solche innerhalb Europas verübt auf der Promenade in Nizza, in Brüssel und Paris mehrfach, in Charlerois und Rouen sowie in Deutschland in Essen, Würzburg und Ansbach.

Andere geplante Anschläge wurden kurz vorher vereitelt. Noch vor wenigen Wochen sind in Deutschland fünf Terrorverdächtige festgenommen worden, und solche Festnahmen gab es inzwischen mehrere in unserem Land. Der Würzburger Attentäter war in Deutschland nicht überprüft worden und hätte wegen seiner Registrierung in Ungarn zurückgewiesen werden können. Der Täter erhielt im März 2016 eine Aufenthaltsgenehmigung, obwohl er nie persönliche Dokumente vorgelegt hatte. Seine Identität hätte aber im Asylverfahren überprüft werden müssen. Dieser traurige Fall des Versagens deutscher Behörden ist ein schlagender Beweis dafür, dass eine kritiklose Pro-Asyl-Romantik keine staatlich notwendigen Maßnahmen zu unserer Sicherheit ersetzen kann. Man kann eine Terrorgefahr nicht dadurch reduzieren, dass jeder in ein Land einreisen und dortbleiben kann, ohne zu wissen, wo er sich aufhält und was er tut.

Auch der chaldäische Erzbischof Shamon Nona hat in einem Gespräch Ende 2015 den Westen an seine getrübe Wahrnehmung der islamistischen Bedrohung erinnert und gesagt:

„Der Westen durchlebt eine innere Krise, er verliert die Grundwerte des Lebens, das macht Euch schwach, verängstigt und – wie ich beobachten muss – völlig unfähig, auf eine äußere Krise wie den islamischen Staat zu reagieren. Die Terroristen sind eine Minderheit, genauso sind auch die Moslems in Euren Staaten eine Minderheit, und doch machen Euch beide Angst. Solche Angst, dass Ihr geradezu in Ehrfurcht vor ihnen erstarrt. Ihr selbst aber habt sie in Eure Länder gelassen, die einen wie die anderen, denn sie gehen Hand in Hand.“ Und auf die Frage: „Was ist der Grund dafür?“ antwortete Nona: *„Ihr lehnt die Werte ab, auf denen Eure Gesellschaft aufgebaut wurde und die sie großgemacht haben. Alle wirklich soliden, tragfähigen und krisenfesten Errungenschaften, die Ihr heute genießt, sind aus diesen Werten hervorgegangen, und das sind christliche Werte. Doch dann habt Ihr an einem bestimmten Punkt der Geschichte gemeint, Ihr könnt Euch nun von diesen Werten, diesen Fundamenten verabschieden und das Gebäude bleibt trotzdem stehen. Kein Haus bleibt aber stehen, wenn man Hand an seine Fundamente legt. Das ist*

Hochmut, der seinen Preis fordert. Ihr habt alles auf die individuelle Freiheit gesetzt, die gewiss wichtig ist, aber ohne die Wahrheit ist sie letztlich wertlos und bricht zusammen, sobald das Erbe der christlichen Werte, von denen sie ausgegangen ist, aufgezehrt ist.“

Es ist bedauerlich, dass solche seriösen Weltkirchenstimmen, aber auch zahlreiche empirische Belege, Statistiken und Mahnungen von vielen Menschen weiterhin nicht wahrgenommen werden und zu einem Bewusstseinswandel führen. Einer der ständig in der Öffentlichkeit wiederholten Vorwürfe von unkritischen Islam – Bewunderern ist die Islamophobie, die allzu sorglose oder manipulativ agierende Politiker, Journalisten und muslimische Führer und Verbandsvertreter ihren Kritikern vorhalten.

„Aber die Wahrheit ist, dass Muslime nicht nur im Westen, sondern auch in anderen Ländern der Welt, wo muslimische Minderheiten leben – etwa Ghana oder Indien –, ein Ausmaß an Gleichberechtigung genießen, von dem religiöse Minderheiten in muslimischen Ländern nur träumen“, schreibt der Soziologe Ruud Koopmans, Direktor der Abteilung Migration, Integration und Transnationalisierung im Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin in der „FAZ“ am 1. Juli 2016.

„Unter den zehn Prozent der weltweit am stärksten diskriminierten religiösen Minderheiten“ gebe es nur zwei Fälle, *„in denen Muslime von Staaten mit einer nichtmuslimischen Mehrheit unterdrückt werden: Myanmar und Russland. Dagegen gibt es 34 Fälle extremer Diskriminierung nichtmuslimischer Religionsgruppen durch einen Staat mit einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit.“*

Was in der öffentlichen Diskussion bewusst tabuisiert bzw. verzerrt dargestellt wird, ist der Hass des radikalen Islam auf den „Ungläubigen“ (sprich: Nicht-Muslimen) und den Homosexuellen. Es stimmt einfach nicht, wenn gesagt wird, dass der Hass auf alles Unislamische, also auf Anderslebende und Andersgläubige, nichts mit dem Islam zu tun habe. Auch der Antisemitismus vieler Muslime hat damit zu tun.

Er ist zwar *„leider immer noch in großen Teilen der Welt verbreitet [...], doch in fast allen Weltreligionen lehnt eine deutliche Mehrheit der Befragten Antisemitismus ab. Nur im islamischen Nahen Osten und in Nordafrika ist das anders. Dort ist Antisemitismus kein Minderheitenphänomen, sondern die gesellschaftliche Norm: 74% der Bevölkerungen dieser Länder haben ein antisemitisches Weltbild“* (Koopmans, a. a. O.).

Aber statt eine Verhaltensänderung zu fordern – Koopmans spricht von einer

notwendigen „Revolution des Denkens“ im Islam –, wird von vielen weiterhin lautstark verkündet, der Islam sei eine friedliche Religion, und selbst Terroristen, die unschuldige Menschen ermorden, würden die islamische Religion nur missbrauchen. Der Täter hatte sich doch gerade erst, so wird uns gesagt, kurz vor der Tat radikalisiert, und das Verbrechen hat er doch nur deshalb ausgeübt, weil der Westen ihm keine Chance zur Integration gegeben hat!

Selbstverständlich haben wir als Christen jeden anderen Menschen zu achten und seine Religion und seinen Glauben zu respektieren. Aber der Wille, andere und anderes zu verstehen, heißt nicht, Unterschiede zu leugnen sowie Verschiedenheiten zu vertuschen. Und Toleranz bedeutet nicht, seine eigenen Glaubenswahrheiten abzulegen, sondern lediglich den Willen, einer anderen Überzeugung mit Respekt zu begegnen. Und sie bedeutet schon überhaupt nicht, Intoleranz zu tolerieren! Beide Religionen, Christentum und Islam, sind zwar monotheistische Religionen, was aber nicht ausschließt, dass sie in wesentlichen Fragen grundverschiedene Positionen haben. Es ist deshalb angebracht und geboten, einige sogenannte Grundwahrheiten über den Islam zunächst einmal zur Kenntnis zu nehmen, zumal diese immer wieder bewusst verfälscht werden.

1. Das Wort „Islam“ bedeutet „Unterwerfung, Ergebung“, nämlich unter Allahs Willen. Und ein „Muslim“ oder „Moslem“ ist ein Mensch, der „sich unterworfen hat“.
2. Der Islam versteht sich nicht als eine Religion neben anderen als gleichwertig anerkannten Religionen, sondern als die einzige wahre Religion.
3. Die Grundlage der islamischen Religion ist der Koran als Gesamtheit aller Offenbarungen. Er bedeutet und verlangt Unterwerfung unter den Willen Allahs. Er ist sozusagen das „Grundgesetz“ für alle Muslime.
4. Der Koran ist nur arabisch authentisch und deshalb im Prinzip nicht übersetzbar. Beim Zitieren von übersetzten Koran-Suren wird uns immer wieder vorgeworfen, wir hätten „die falsche Übersetzung“. Aber jede Forderung nach einer „Einheitsübersetzung“ geht an der Realität vorbei, weil es sie gar nicht geben kann, zumal keine Institution dafür legitimiert ist.
5. Auf der Welt leben insgesamt 1,6 Mrd. Moslems, deren Zahl deutlich stärker wächst als die Weltbevölkerung insgesamt, weil die Muslime eine überdurchschnittliche Geburtenrate haben. In Deutschland z. B. gab es vor knapp 44 Jahren 1,2 Mio. Muslime, heute sind es bereits weit über fünf

Millionen. Übrigens hat inzwischen jeder Fünfte in Deutschland lebende Mensch einen Migrationshintergrund.

6. Im Islam gibt es weder die Freiheit der Moslems, ihren Glauben an Allah aufzugeben, noch die Freiheit eines Nicht-Muslimen, die Religion des Islam zu kritisieren.
7. Der Islam trennt nicht Staat, Politik, Gesellschaft und Religion voneinander, sondern sie gehören untrennbar zusammen. Er anerkennt keine religiöse Neutralität im öffentlichen Leben, und Religion ist nie Privatsache. Islam und Demokratie sind deshalb nicht vereinbar, weil das Ziel des Islam die Schaffung eines Staatswesens nach islamischen Prinzipien ist und bleibt.

Dies belegt zweifelsfrei u. a. eine frühere Umfrage des Wissenschaftszentrums Berlin aus dem Jahre 2008 zur Integrationsbereitschaft von muslimischen Einwanderern in Deutschland und anderen europäischen Ländern mit dem aufrüttelnden Ergebnis, dass für 65% der in Deutschland befragten Muslime ihre religiösen Regeln wichtiger sind als die Gesetze der deutschen Gesellschaft. 75% sagten, dass es nur eine Koran-Interpretation gibt, die für alle Muslime verbindlich ist, und 44% legten ein Bekenntnis zu fundamentalistischen Auffassungen ab. Und wenn man dann noch ergänzt, dass in 900 Moscheen der Ditib, dem größten islamischen Dachverband in Deutschland, der direkt der türkischen Regierung untersteht, 970 aus der Türkei importierte Imame predigen, dann erkennt man unzweifelhaft die große Brisanz. Jetzt endlich scheint man sich dazu durchzuringen, sie zu überprüfen. Ich habe den fatalen Eindruck, dass der Koran und andere authentische Schriften entweder gar nicht oder nur selektiv gelesen werden. Sind denn Bücher von seriösen, gut informierten Warnern wie z. B. von Necla Kelek, Ayaan Hirsi Ali, Joseph Fabelle, Hamed-Abdel Samad oder Sabatina James u.a. alle unbekannt, oder werden ihre Inhalte bewusst ignoriert? Weiß man auch nichts von dem faktischen Einzug der Scharia in unser Rechtssystem in Deutschland, vor allem im Familien-, Erb- und Sozialrecht, und von den sogenannten „Friedensrichtern“ hat man auch noch nichts gehört? Oder gehört das auch alles zur „Bereicherung“, die uns von der Regierung suggeriert worden ist? Und es ist außerordentlich erstaunlich, in welcher leichtsinnigen, ja geradezu unverantwortlichen Weise sich auch hohe Repräsentanten unserer Kirchen zum Islam äußern, vom EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, über Margot Käßmann bis zu den Kardinälen Reinhard Marx und Rainer Maria Woelki, ja sogar bis zum Papst, der uns

belehrt. „Wenn ich von islamischer Gewalt spreche, muss ich auch von katholischer Gewalt sprechen“ („Die Tagespost“, 02.08.2016) Als Entgegnung auf die letzte Aussage lasse ich den Journalisten Ulrich Reitz zu Wort kommen, der im „Focus“ (Nr. 32/2016, S. 46), dem Papst drei Fragen gestellt hat:

1. *„Es gibt den islamischen Staat. Er hat – geschätzt – noch 30.000 kämpfende Mitglieder. Die beanspruchen ein Territorium, um darauf ein Kalifat zu errichten. Welche fundamentalistische katholische Gruppe will das?“*
2. *„Diese Islamisten morden und rufen vorher: Gott ist groß. Sie nehmen den Glauben für ihre Gräueltaten in Anspruch. Sie sagen: Der Koran befiehlt ihnen das Ausrotten von Ungläubigen. Welche katholische Gruppe handelt so? Und welcher Katholik, der seine Schwiegermutter ermordet, ruft dabei: Der Herr sei mit dir? Welche katholische Gruppe plant die Ausrottung Andersgläubiger und nimmt dafür die Bibel in Anspruch?“*
3. *„Wieso halten Sie den Islamischen Staat samt seiner Anhänger für eine ‚kleine‘ fundamentalistische Gruppe? Immerhin ist sie in der Lage, in der halben Welt Furcht und Schrecken zu verbreiten!“*

Es wäre besser, wenn sich die Verantwortlichen in unseren Kirchen falscher und absurder öffentlicher Darstellungen enthalten und sich stattdessen Gedanken darüber machen würden, wie man den häufig von Muslimen drangsalierten und verfolgten Christen in deutschen Flüchtlingsheimen helfen kann. Denn es kann doch nicht sein, dass z. B. die Kritik und die Mahnrufe des in Berlin eingesetzten „Flüchtlingspfarrers“ Gottfried Martens, der auf die religiös motivierten Konflikte in den Flüchtlingsheimen schon vielfach hingewiesen und den beiden Kirchen in Deutschland mehrfach schwere Vorwürfe gemacht hat, weiterhin ohne Wirkung bleiben („Die Tagespost“, 23. 08.2016).

III. Fazit

Wohin man auch blickt bei den beiden behandelten Themen: Man trifft mehr auf Verharmlosung, Anpassung, Gleichgültigkeit, Ignoranz und Unkenntnis als auf Wissen und den Mut zur Aufklärung, zum kulturellen Widerstand und zum bedingungslosen Eintreten für die eigenen Glaubenswahrheiten. Das kann auf Dauer nicht gutgehen! Nur ein Bewusstseinswandel kann das Fortschreiten der gegen unsere kulturellen und christlichen Werte gerichteten weiteren Islamisierung verhindern. In Verantwortung gegenüber den uns nachfolgenden Generationen in unserem Land, aber auch in Solidarität mit den verfolgten Christen weltweit stehen

wir vor einer großen Herausforderung, der wir uns stellen müssen, jetzt, und jeder einzelne von uns, bevor es zu spät ist, weil wir lange so getan haben, als hätten wir von nichts etwas gewusst. Der Islam ist eine Herausforderung für uns Christen und unseren Glauben und nicht eine Aufforderung zum Kuscheln.

Prof. Dr. Werner Münch wurde am 25. September 1940 in Kirchhellen/Kreis Dorsten in Westfalen geboren. Von 1990 bis 1991 war er erster Finanzminister und von 1991 bis 1993 Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt. 2009 trat er aus der CDU aus und begründete dies u.a. mit der „Profillosigkeit der CDU“, dem vornehmlichen Interesse der Kanzlerin „an der Stabilisierung ihrer eigenen Machtposition“ und ihrer unangemessenen öffentlichen Kritik an Papst Benedikt XVI.